

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 14

Köln, den 1. April 1932

33. Jahrg.

Ein Weg aus der Wirtschaftsnot?

Bei den verschiedensten Gelegenheiten wurde an dieser Stelle dargestellt, daß und warum die wirtschaftspolitische Behandlung des Teiles der deutschen Landwirtschaft, den man gemeinhin als den ostelbischen Großgrundbesitz bezeichnet, einer baldigen Gesundung der deutschen Gesamtwirtschaft im Wege steht. Mit großem Geschick haben es diese im Landbunde organisierten Kreise verstanden, unbekümmert um die Interessen des Gesamtvolkes eine Agrarpolitik durchzusetzen, welche nur den Grundbesitzern, nicht aber den Klein- und Mittelbauern nutzt. Denn der deutsche Bauer hat mehr Interesse an niedrigen Preisen für die Rohstoffe zu seiner tierischen Deredelungswirtschaft als an hohen Brotgetreidepreisen, weil er bedeutend mehr Kraftfutter zukaufte, als er Brotgetreide verkaufen kann. Die überhöhten Agrarzölle können — das war hier schon vor einem Jahr behauptet — niemals die Sonderkrise der „deutschen Landwirtschaft“ beseitigen, sie können höchstens den wenigen Großgrundbesitzern nützen, gleichzeitig aber das deutsche Bauertum ruinieren. Ganz zu schweigen von ihren katastrophalen Einflüssen auf die Gesamtwirtschaft. Für die Erhaltung der großen Getreideproduzenten muß die deutsche Verbraucherschaft in der überteuerten Lebenshaltung jährlich ein Mehr von 2 bis 3 Milliarden Reichsmark aufbringen; das ist mehr, als wir alljährlich an Reparationen bezahlen sollen. Die Belastung wirkt sich direkt an allen Ecken und Enden des Wirtschaftslebens aus. Bei dreifachen Getreide- und Brotpreisen kann der deutsche Arbeiter nie so billig arbeiten wie seine ausländischen Kollegen, das heißt Verteuerung aller Waren und Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt, eine Derringerung des Konsums industrieller Waren, da die Landwirtschaft einen übernormal großen Teil des Volkseinkommens beansprucht, im Außenhandel ein immer weiterer Rückgang der Konkurrenzfähigkeit. In den letzten Monaten konnten wir feststellen, daß das Ausland, besonders die großen Agrarländer die deutsche Agrarpolitik mit Gegenmaßnahmen beantworteten. Die Einfuhr deutscher Industriewaren ab. Die im vorigen Jahre so hoffnungsvolle Entwicklung des deutschen Außenhandels hat sich als Folge der ausländischen Kampfzölle schon in ihr Gegenteil verkehrt. Was hier schon seit langem befürchtet, damit können wir jetzt schon rechnen, daß es der deutschen Industrie immer unmöglicher gemacht wird, ihre Waren im Auslande unterzubringen. Die Zerstörung des Welthandels ist nicht zuletzt eine Folge der unsinnigen Agrarpolitik.

So gesehen, zeigt sich, daß die Maßnahmen zur Erhaltung der Landwirtschaft auch für die Arbeiterschaft fundamentale Bedeutung haben. Je höher die Zollmauern in Deutschland, desto niedriger das Realeinkommen der Arbeiter, desto aussichtsloser die Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen, desto sicherer der weitere Rückgang von Industrie und Handwerk. Das Agrarproblem ist gegenwärtig der wichtigste Krisenfaktor. Ihn zu beseitigen, hat der Regierungsvizepräsident von Oppeln F. von Basse einen interessanten Gesetzentwurf vorgeschlagen. Von Basse sucht dieses Problem durch Aufhebung der agrarischen Schutzzölle und durch Übernahme der landwirtschaftlichen Verschuldung auf das Reich zu lösen. Ein kühner Versuch, der, aus der Not der Zeit geboren, auch für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist.

Mit Recht geht von Basse von der Überzeugung aus, daß die Zeit

vorüber ist, in der fein abgewogene, sozialpolitische Reformen noch möglich waren. Es ist, wie man bei jeder Gelegenheit sagt, fünf Minuten vor 12 Uhr; wir stehen in einer Krise von solcher Schwere, wie sie die Welt seit Menschengedenken noch nicht erlebt hat. Jeden Augenblick können wir mit katastrophalen Ausbrüchen der überlasteten und überreizten Massen rechnen, bei denen auch noch der Rest unseres Volksvermögens schwer leiden würde. Wir befinden uns gleichsam in einem wirtschaftlichen Kriegszustande, und im Kriege sind nur solche Maßnahmen möglich, die ganz auf das Heil der Gesamtheit ohne Rücksicht auf Einzelwünsche eingestellt sind.

Die deutsche Landwirtschaft leidet nicht nur unter dem ungeheuren Sturz aller Rohstoffpreise, sondern auch noch unter der immer mehr einschrumpfenden Preislage für edlere Produkte. Die Preise für Milch und Fleisch haben einen Tiefstand erreicht, der die Rentabilität auch dieser Zweige, auf denen doch die ganze Zukunft der deutschen Landwirtschaft beruht, völlig aufhebt. Deshalb muß jede Reform aussichtslos bleiben, die nicht außer der Behebung der Agrarnot auch noch entschieden die Hebung der allgemeinen Kaufkraft ins Auge faßt. Das aber ist nur möglich, wenn für das meistgebrauchte Nahrungsmittel, das Brot, eine starke Senkung des Preises herbeigeführt werden kann. Nicht nur aus politischen, sondern ebenso aus wirtschaftlichen Gründen ist die maßlose Überteuering des wichtigsten Volksnahrungsmittels, des Getreides durch die Getreidezölle untragbar. Bekanntlich steht der Weizen Zoll auf 250 RM je Tonne bei einem Weltmarktpreis von ca. 70 RM; bei Roggen ist das Verhältnis ähnlich. Die mehr als dreifachen Getreidepreise haben zur Folge, daß das Brot in Deutschland mehr als das Doppelte des Auslandes kostet.

Die Industrie erklärt, daß sie ohne Senkung der Geldlöhne die Produktion nicht mehr aufrechterhalten kann. Eine weitere Senkung der Reallöhne ist aber völlig ausgeschlossen, man kann sich mit sich reden, wenn trotzdem die Reallöhne kräftig gehoben werden, d. h. wenn die Lebenskosten, vor allem Miete, Brot und Nahrungsmittel wesentlich stärker gesenkt werden als der Lohn. Von der Miete kann hier nicht gesprochen werden. Aber der Brotpreis kann durch Aufhebung der Kornzölle sehr schnell und ausreichend tief herabgesetzt werden. Diese durch von Basse vorgeschlagene Reform strebt außerdem mit zureichenden Mitteln dahin, die Lage der Gesamtindustrie durch Hebung der allgemeinen Kaufkraft derart zu bessern, daß in kurzer Zeit auch die Geldlöhne wieder steigen können, ohne daß dadurch die Prosperität der Unternehmungen litte.

Folgende Tatsachen liegen dem Vorschlage zugrunde: Von der Verteuerung der gesamten Agrarprodukte, die auf annähernd drei Milliarden geschätzt wird, erhält das Reich als Zolleinnahme höchstens 800 Millionen Reichsmark. Der Rest, also 2,2 Milliarden, fließt den Landwirten als „Schutz aus den Zöllen“ zu. Auf der anderen Seite wird die Verschuldung der Landwirtschaft auf 12 Milliarden Reichsmark zu schätzen sein, was eine jährliche Zins- und Tilgungslast von mindestens 1,2 Milliarden ausmachen dürfte. Rechnet man hierzu noch die Verschuldung der Pächter in Höhe von ca. 300 Millionen Reichsmark, so ergibt man, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit nur geringe Vorteile aus den Agrarzöllen hat.

Die Aufhebung der Zölle und die Übernahme der Verschuldung

auf das Reich würde zwar die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe verschieden treffen. Die Vorteile der zum großen Teil überschuldeten Großbetriebe würden die der Mittel- und Kleinbetriebe weit übertreffen. Diese Benachteiligung der Bauernbetriebe würde aber dadurch wieder wettgemacht, daß diese bei einer allgemeinen Hebung der Kaufkraft — dem wichtigsten Ziele des ganzen Vorschlages — ihre Edelprodukte weit günstiger auf den Markt bringen können als bisher.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich folgendes: Das Reich schafft sämtliche Agrarzölle ab mit Ausnahme eines wirklich kurzfristigen „Erziehungszolles“ auf Viehprodukte, Eier, Gemüse und Obst, um die notwendige Umstellung der ganzen deutschen Landwirtschaft auf diese Art der Produktion hin zu beschleunigen und zu erleichtern. Dafür legt das Reich auf sämtliche agrarischen Erzeugnisse — mit Ausnahme der geschützten — eine „Verzehrungssteuer“, die der Konsument zu tragen hat. Wenn wir schätzen, daß der gesamte deutsche Nahrungsmittelkonsum nach Fortfall der Agrarzölle in der Größenordnung von etwa 20 Milliarden Reichsmark steht, so würde eine „Befreiungssteuer“ von 15% ca. 3 Milliarden Reichsmark erbringen. Aus dieser Steuer muß das Reich folgende Aufgaben erfüllen: zunächst muß es die fortgefallenen Zolleinnahmen in Höhe von 800 Millionen Reichsmark ersetzt erhalten. Zweitens sind daraus die Lasten für die Verzinsung und Tilgung der landwirtschaftlichen Verschuldung in Höhe von ca. 1,5 Milliarden Reichsmark zu decken. Bei den genannten Steuerfällen blieben immer noch 700—800 Millionen Reichsmark übrig, die zur Verbesserung der deutschen Wasserwirtschaft und zum Ausbau des landwirtschaftlichen Siedlungswezens verwendet werden könnten.

Durch die letztgenannten Aufgaben soll der Hauptzweck des ganzen Gesetzes erreicht werden, nämlich die Hebung der allgemeinen Kaufkraft. Bei den Bauten der Staubecken und Gehöfte, Heimstätten, Wege, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen der neu entstehenden Dorfschaften und Vorstadtsiedlungen werden Hunderttausende von Arbeitern unmittelbar und mehr noch mittelbar beschäftigt, nämlich alle diejenigen, welche die Materialien für die Bauten und das Inventar sowie die Hauseinrichtung herstellen, und ferner alle diejenigen, die für den Konsum aller dieser wieder in das Erwerbsleben eingereichten Elemente tätig sind. Wie schon oft könnte wieder einmal von der Bauwirtschaft aus das ganze Wirtschaftsleben angekurbelt werden. Der „Zug in die Stadt“ würde zum Nutzen der ganzen Arbeiterschaft ins Gegenteil verkehrt. Und das Wichtigste: durch Senkung der Lebensmittelpreise könnte das letzte Ziel unserer Wirtschaftspolitik, durch Kostensenkung den Anschluß an die Weltmärkte zu bekommen, auf einfache und schmerzlose Weise erreicht werden.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle auf die Einzelheiten des Gesetzentwurfes einzugehen. Selbstverständlich sind für den Fall der Übernahme der Verschuldung auf das Reich ausreichende Sicherungsvorschriften vorgesehen, wie überhaupt der ganze Plan auf die Praxis abgestimmt ist. Er bedeutet scharfe Senkung aller Nahrungsmittelpreise trotz der Verzehrungssteuer und damit Hebung der Kaufkraft in den breiten Massen des Volkes. Es bedeutet ferner für die deutsche Gesamtwirtschaft die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten und damit die Möglichkeit steigenden Exportes. Auf diesem Wege erhielte das Reich ein wirksames Mittel, um weit günstigere Handelsverträge abzuschließen, ein Vorteil, dessen grundlegende Bedeutung gerade jetzt aus der zunehmenden Absperrung aller Länder zu ersehen ist. Entschuldung der Landwirtschaft: das bedeutet für die Mehrzahl der deutschen Landwirte zusammen mit der Aufhebung der Futterzölle eine wesentliche Verbesserung der Rentabilität. Siedlung: das bedeutet Ankurbelung der Gesamtwirtschaft und auf die Dauer kraftvolle Hebung der Löhne und Kaufkraft. Bei alledem behält das Reich seine bisherigen Einnahmen, wird der Pfandbriefmarkt jeder Möglichkeit einer Erschütterung entzückt.

Diese für die Gesamtwirtschaft wohltuenden Wirkungen sind nicht nur Theorie, wenn die Reform sich nur auf die genannten Aufgaben beschränkt. Bei Fortfall der Agrarzölle kann auch die Arbeiterschaft mit einer „Verzehrungssteuer“ einverstanden sein, wenn die Garantie gegeben ist, daß der Ertrag dieser Steuer ausschließlich den obengenannten Zwecken dient. Nach der bisherigen Erfahrung — Hauszinssteuer — ist die Gefahr zweifellos groß, daß

in Notzeiten wie den jetzigen diese ertragreiche Einnahmequelle mehr und mehr für allgemeine Finanzzwecke ausgenutzt wird, und daß dadurch die Arbeiterschaft besonders schwer und einseitig belastet wird. Nur wenn die Garantie gegeben ist, daß die Steuer ganz in den Dienst der Agrarreform gestellt wird, kann die Reform wirksam werden, können die Arbeiter dem Vorschlage zustimmen. Wie wirksam der Getreidezollschuß ist, läßt sich daraus ersehen, daß z. B. das Kilo Brot in Holland und Belgien 16—18 Rpf kostet, während wir in Deutschland mehr als 40 Rpf dafür bezahlen müssen. Die Arbeiterschaft hat in den letzten Jahren der Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit die Wirkungen der übersteigerten Agrarzollpolitik am eigenen Leibe scharf zu spüren bekommen. Von Basse zeigt einen Weg, wie der Gesamtwirtschaft und auch der Landwirtschaft wirksam geholfen werden kann. S.

Moderne Wirtschaftsgebilde.

Auf einer Führertagung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung des linksrheinischen Industriegebiets referierte Direktor Fritz Klein von der „Gepag“ (Köln) über das Thema: „Monopole, Kartelle, Trusts“. Wir versuchen, den Inhalt des Vortrages hier wiederzugeben:

Wir leben im Zeitalter moderner Konzentration. Während nach der Gesamtstatistik der Klein- und Mittelbetrieb immer noch $\frac{3}{4}$ der deutschen Wirtschaft ausmacht, ist die Zusammenfassung der Aktiengesellschaften in Konzernen erheblich stärker vorgeritten. Nach dem Nominalkapital waren 1926 = 65,1% und 1930 = 85% der deutschen Aktiengesellschaften in Konzernen zusammengeschlossen. Auch haben rund 100 internationale Konzerne in Deutschland Fuß gefaßt.

Der Redner erklärt an Hand von Beispielen die Bedeutung und Arbeitsweise der einzelnen Konzentrationsarten, sowohl vertikaler wie horizontaler Zusammenballung. Ferner wurden Konventionskartelle, Konditionskartelle, Preiskartelle, Verkaufskartelle, Produktionskartelle, Syndikate, Konzerne und Trusts im einzelnen erläutert. Alle Kartelle seien Frontbildungen der Unternehmer gegenüber dem Verbrauch. Diese Front werde geschlossen durch Marktbeherrschung und Preisdiktat. Nicht zu übersehen sei die Tatsache, daß die Arbeitgeberverbände in der kartellierten Wirtschaft ihre kräftigste Rückenstärkung hätten. Der Gewinnhunger der Banken habe sich mit manchem unternehmungslustigen Industriellen zum Schaden der Wirtschaft verbunden.

Als Beispiel eines Kartells wurde der Markenartikel-Schutzverband besprochen. Wenn auch die Notverordnung versucht habe, eine Breche zu schlagen, so beständen doch die scharfen Preisbindungen bei den meisten Markenwaren unvermindert fort. Die Überteuierungen seien noch bei vielen Markenartikeln, insbesondere der Gruppe A festzustellen. Die Markenartikel versuchten durch die Massenuggestion der Reklame einen solchen Einfluß zu gewinnen, daß man bei den meisten Waren von einem Monopolcharakter spreche. Die Preisemachtigen üben die Monopolmacht weit hinausgehörlischen Druck erfolgt. Interessant sei, daß der Einzelhandel ein Verfechter der preisgebundenen Markenartikel vortreue. Gewiß habe er mühelosen Verkauf und gleichbleibenden Gewinn, aber er sei doch Handlanger und könne mit seinen Fachkenntnissen nichts mehr beginnen. Der internationale Zündholztrust wurde als Beispiel eines Trustes von dem Redner erläutert. Der Trust umfaßt heute 250 Fabriken in 45 Ländern. In 18 Ländern besteht Staatskonzession. Bei einer allgemeinen Kritik der vertrusteten Wirtschaft dürfe man nicht übersehen, daß auch Vorteile für die Gesamtwirtschaft erzielt werden könnten. Gleichmäßigkeit des Marktes und der Beschäftigung, gemeinsame Ausnützung von Erfindungen, vernünftige Rationalisierung seien Ziele, die ein Kartell oder Konzern sich durchsetzen könne. Leider hätten aber die Beispiele der letzten Zeit (Nordwolle, Schultheiß-Daghenhofer usw.) bewiesen, daß oftmals nur Profitgier, Machtgier der leitenden Personen, grundlose Rationalisierungen, Rücksichtslosigkeit gegen die Beschäftigten, Nichtachtung von Geld und Ware Selbstmotiv gewesen seien. Man habe doch vielfach mit allen Mitteln Leistungssteigerungen erzwungen, die wegen Absatzmangels zur Katastrophe führen mußten. Erwähnenswert seien auch die gewaltigen Ertragnisse der Vertrustungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt, die jetzt gewaltige Gütervernichtungen im Gefolge hätten. Wenn auf der einen Seite Menschen darben und hungern und in den Produktionsländern Übervorräte

vernichtet werden, um die Ware zu verknappen und im Preise hoch zu treiben, dann seien das traurige Beweise für die falschen Zielsetzungen der Wirtschaft. Wer das klarste und objektivste Urteil der Zeit haben wolle, der möge die Anklagen lesen, die der Hl. Vater in der letzten Enzyklika „Quadragesimo anno“ gegen die gewaltigen Zusammenballungen in der Wirtschaft ausgesprochen habe.

Dieser unvernünftigen Machtentfaltung der Kartelle könne nur als einzige, auf die Dauer wirksame Gegenwehr das „Kartell der Verbraucher“ entgegengestellt werden. In den Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, den Konsumgenossenschaften, sei nationales, volksgebundenes Sozialkapital dem internationalen Privatkapital, Selbstverwaltung der breiten Schichten der Pöschwirtschaft einiger Gewaltigen, Mitbesitz und Mitbestimmung der Verbraucher dem Preisdiktat und der Profitgier gegenüberzustellen. Die genossenschaftliche Gegenwehr habe erfolgreiche Auswirkungen gegen die moderne Privatkonzentration zu verzeichnen.

Es komme darauf an, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Wir brauchen in der Welt eine vom sozialen Geist getragene Wirtschaft, in der nicht die Aktie, nicht das unpersönliche Kapital regiert, sondern der Mensch.

Was will die christliche Gewerkschaftsbewegung?

Die Gewerkschaftsbewegung will den Menschen sittlich, geistig und gesellschaftlich heben, indem sie ihn aus der Einsamkeit und dem niederdrückenden Einfluß, nur für sich allein zu leben, zur warmfühlenden Solidarität und der hoffnungsvollen Kraft, die einen für die anderen zu leben, emporschwingt.

Die Gewerkschaftsbewegung will ein großes Unrecht abstellen, daß nämlich der Arbeit, welche die Quelle des Reichtums der Völker darstellt, durch falsche Auffassungen, durch die Macht des Kapitalismus das entzogen wird, was ihr rechtmäßig zukommt: die Unabhängigkeit und ein rechtmäßiger Lohn; die Gewerkschaftsbewegung will mit anderen Worten eine gründliche Umgestaltung des Arbeitsvertrages auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber.

Die Gewerkschaftsbewegung will dem Arbeitsmann bessere Löhne und mehr freie Zeit sichern, weil sein religiös-sittliches, geistiges und gesellschaftliches Leben solches verlangt. Sie will dem Arbeiter einen größeren Anteil sichern an den materiellen Gütern, die heute in so großem Maße zugenommen haben, sie will, daß auch der Arbeiterstand seinen Anteil an den Kulturgütern habe.

Die Gewerkschaftsbewegung will der verheirateten Frau ihre Rechte und ihre Würde als Königin des häuslichen Herdes zurückgeben und der zukünftigen Hausfrau und Mutter Zeit und Gelegenheit geben, um sich auf die große Aufgabe der Zukunft vorzubereiten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung will dieses alles und noch viel mehr auf der Grundlage der Gerechtigkeit aufbauen.

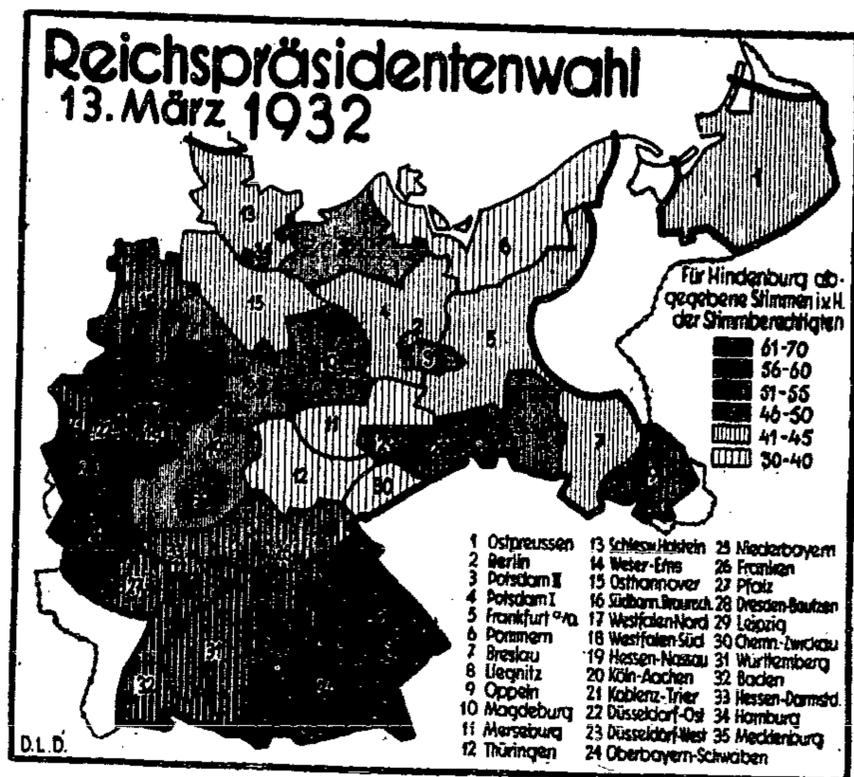
Rundschau.

Schrumpfung der Arbeitsmöglichkeiten. Nach den Angaben der Industrieberichterstattung ist die Zahl der besetzten Arbeiterplätze in der Industrie von Dezember auf Januar von 44,7 Prozent auf 41,5 Prozent der Kapazität zurückgegangen. Auch die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit hat sich infolge starker Arbeitsstreckung vermindert. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug im Januar nur noch 6,52 Stunden. Bei den Produktionsgüterindustrien ist die Beschäftigung von Dezember auf Januar besonders stark in den Eisengießereien, im Maschinenbau, in den Metallwalzwerken, der Elektroindustrie und im Druckgewerbe zurückgegangen. Bei den Verbrauchsgüterindustrien hat sich der Rückgang bedeutend verschärft, so vor allem in vielen Zweigen der Textilindustrie, wie Baumwoll- und Leinenweberei, in der Seidenindustrie und in der Teppich- und Möbelfabrikation. Sehr stark ging auch die Beschäftigung in einzelnen Zweigen der Metallwarenindustrie, der Uhren- und Spielwarenindustrie zurück. Zum Teil hat man in diesen Industriezweigen versucht, durch eine starke Kürzung der Arbeitszeit Entlassungen zu vermeiden. Auch in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien hat sich die Beschäftigung in fast allen Teilen weiter vermindert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1932 ist der 14. Wochenbeitrag fällig.



Diese Karte zeigt, daß sich der Süden und der Westen überwiegend für Hindenburg einsetzten. Mit Ausnahme von Pommern und Chemnitz-Zwickau hat Reichspräsident von Hindenburg überall über 35 Prozent der Stimmen erhalten, und die radikalen Gruppen haben seit der Reichstagswahl 1930 nur 10 Prozent der Wähler, die damals hinter den regierungsbereiten Parteien standen, herüberziehen können. Das deutsche Volk hat bewiesen, daß es den Sieger von Tannenberg, der in schwerster Zeit, ohne Rücksicht auf seine Person, das schwere Amt der Reichspräsidentenschaft übernahm und sieben Jahre die Geschichte des deutschen Volkes leitete, mit dem einen Ziele, unserer Vaterlande nach dem verlorenen Kriege wieder zur inneren Freiheit und zur Achtung vor der ganzen Welt zu verhelfen, die Treue hält. Der zweite Wahlgang wird den endgültigen Sieg Hindenburgs auf alle Fälle bringen, weil ja die relative Mehrheit entscheidet. Innen- und außenpolitisch ist dies von größter Bedeutung, weil nun die deutsche Regierung, gestützt auf die Majorität Hindenburgs im deutschen Volke, die Wirtschaftsnot in Deutschland entschlossen bekämpfen kann. Jetzt wird es möglich sein, bei den Verhandlungspartnern in der Reparationsfrage etwas zu erreichen, damit in den

Das Arbeitseinkommen um 43 Prozent gesunken! Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahresbericht eine bemerkenswerte Schätzung des Arbeitseinkommens in Deutschland. Bei einer Zusammenfassung der Einkommensausfälle durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau beziffert das Institut das gesamte Arbeitseinkommen in Deutschland für das erste Vierteljahr 1932 nur noch auf 6,5 Milliarden Reichsmark. Da in der letzten Konjunkturperiode (Herbst 1929) bereits ein Vierteljahreseinkommen von über 11 Milliarden Reichsmark erreicht war, beträgt der Einkommensausfall der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nunmehr fast 43 v. H. Diese von dem Institut wahrscheinlich sehr vorsichtig geschätzte Größenordnung zeigt eindringlich, wie stark die arbeitnehmenden Schichten von der Krise betroffen wurden. Wenn auch ein Teil dieser Verluste durch die inzwischen eingetretene Preisfrenkung gedeckt wird, so wirkt doch andererseits auch die neue Steuerbelastung der letzten Jahre recht drückend in jedem Arbeitnehmerhaushalt. Besonders heftig haben die Industriearbeiter unter dem Einkommensverlust zu leiden, da bei ihnen die Kurzarbeit stark ins Gewicht fällt. Das Institut für Konjunkturforschung weist darauf hin, daß der Verbrauch in der letzten Zeit größer war als das aus dem Produktionsprozeß fließende Einkommen zuließ. Diesfach sind Einlagen von Sparkassen oder von Banken abgezogen und zur Anschaffung von Dauergütern (Haus-

rat, Ausstattungsgegenstände) verwendet worden. Hierdurch erklärt es sich auch, daß die Umsätze des vierten Vierteljahres 1931 keineswegs so katastrophal zurückgegangen sind wie das Einkommen. Die Umsätze liegen übrigens auch seit zwei Jahren über der industriellen Produktion. Mit anderen Worten: die Erzeugung hat sich derart eingeschränkt, daß sie den laufenden Bedarf bereits erheblich unterschreitet. Setzt man industrielle Produktion und Umsätze für das Jahr 1928 mit 100 an, so war die industrielle Produktion im Jahre 1931 auf 70 v. H. und der Umsatz auf 94 v. H. gesunken. Sonderbarerweise verzichtet das Institut für Konjunkturforschung diesmal auf eine Schätzung der Einkommen aus Kapitalbesitz, Landwirtschaft und Unternehmertätigkeit. Eine derartige Untersuchung wäre gerade angesichts der starken Rückgänge des Arbeitseinkommens hochinteressant gewesen, denn ohne Zweifel hätte sich in Beziehung zum Volkseinkommen eine relative Vergrößerung der nicht aus einem Arbeitsverhältnis fließenden Einkommen ergeben.

Wohlfahrtserwerbslose in Preußen. Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts vom 29. Februar 1932 sind in Preußen 1 329 384 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeämtern gezählt worden gegenüber 1 240 305 Ende Januar. Somit ergibt sich auch im Februar wieder eine Zunahme um 89 079 Wohlfahrtserwerbslose oder um 7,2 Prozent, doch hat die Steigerung im Vergleich zum Januar (105 110) und Dezember (115 752) bereits nachgelassen; immerhin beläuft sie sich auf das Zweieinhalbfache des Zuwachses im Vergleichsmonat des Vorjahres (34 857). Gegen den 28. Februar 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 648 182 oder 95,2 Prozent gestiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 34,8 Wohlfahrtserwerbslose. 47 161 Wohlfahrtserwerbslose haben in Fürsorge- oder Hilfsarbeit gestanden. Wie in den vorhergehenden Monaten ist auch im Februar der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen in den Landgemeinden (+ 10,10 Prozent) und kreisangehörigen Städten (+ 8,2 Prozent) wieder verhältnismäßig stärker gewesen als in den Stadtkreisen (+ 6,4 Prozent).

Wohnungsbau im Jahre 1931. Wie das Reichsstatistische Amt mitteilt, wurden im Jahre 1931 insgesamt 120 000 Wohnungen neu gebaut. Davon entfallen 47 400 auf gemeinnützige Bauvereinigungen, 38 600 auf private Bauherren und 7 100 auf öffentliche Körperschaften. Verglichen mit dem Vorjahr war der Rückgang bei der öffentlichen Hand am stärksten. Von 100 neugebauten Wohnungen entfielen im Jahre 1931 auf öffentliche Körperschaften 6,3 Prozent (1930 = 8,1 Prozent), auf gemeinnützige Bauvereinigungen 59,6 Prozent (57,8 Prozent) und auf private Bauherren 34,1 Prozent (34,1 Prozent).

Der steigenden Nachfrage nach Kleinwohnungen — durch die Verkleinerung der Haushaltungen und den Einkommensrückgang bedingt — haben sich im Jahre 1931 sämtliche Bauherren nach Möglichkeit angeschlossen. In den Vorjahren, im Jahre 1930, waren insgesamt 12 200 gegen 10 500 im Jahre 1930. Anteilsmäßig waren jedoch — wie 1930 — immer noch die dreiräumigen Wohnungen mit 46,3 Prozent (1930 = 42,5 Prozent) aller neuen Wohnungen am häufigsten vertreten. Von den durch öffentliche Körperschaften und gemeinnützige Bauvereinigungen erstellten Wohnungen waren etwa drei Fünftel Kleinwohnungen (ein bis drei Wohnräume); von den privaten Bauherren, die im Vorjahr noch überwiegend Mittelwohnungen erbaut hatten, wurden 1931 etwa zur Hälfte Kleinwohnungen erstellt.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Wer ist Wohlfahrtserwerbsloser?

Amliche Auslegung für die Unterstützungszuteilung. Der Präsident der Reichsanstalt hat in einem Rundschreiben an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter erneut auf die bestehenden Richtlinien für die Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen hingewiesen. Die Richtlinien sind von den einzelnen Stellen nicht immer in dem Sinne ausgelegt worden, wie sie verstanden werden sollten. Deshalb stellt der Präsident der Reichsanstalt noch einmal fest, daß erste Voraussetzung für die Anerkennung als Wohl-

fahrtserwerbsloser die Arbeitsfähigkeit im Sinne des Arbeitsvermittlungsgesetzes ist. Arbeitsunfähige Kranke können daher als Wohlfahrtserwerbslose nicht anerkannt werden. Der Begriff der vorübergehenden Krankheit ist so auszulegen, daß bei Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit von längerer Dauer als einer Woche die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbsloser abzulehnen ist. Die Richtlinien machen die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbsloser davon abhängig, daß die Arbeitslosen laufend aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden und nicht zugleich Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung oder Krisenfürsorge sind. Ausgeschlossen von der Anerkennung sind infolgedessen Empfänger von nur einmaligen oder nur gelegentlichen Unterstützungen und Hauptunterstützungsempfänger, die vom Bezirksfürsorgeverband zusätzliche, wenn auch laufend, Unterstützung erhalten. Weiter gehört zum Begriff des Wohlfahrtserwerbslosen, daß die Wohlfahrtsunterstützung die hauptsächlichste Quelle zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes bildet. Großzügige laufende Unterstützungen, z. B. großzügige Sachleistungen, kleine Barleistungen an Provisionsvertreter, berechtigen daher ebenso wenig zur Anerkennung als Wohlfahrtserwerbsloser wie die Gewährung von Nebenleistungen, so z. B. die Weiterversicherung von Arbeitslosen bei der Krankenversicherung durch die öffentliche Fürsorge, Erlass der Mietzinssteuer oder dergleichen. Es dürfen daher Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie ähnliche Rentenempfänger nicht als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt werden. Der Begriff einer laufenden Unterstützung ist nach Ansicht der Reichsanstalt dann nicht mehr gegeben, wenn Unterstützungen nur in Zeitabständen von mehr als einem Monat gezahlt werden. Ein Wohlfahrtserwerbsloser ist aber dann u. a. auch anzuerkennen, wenn er als Familienangehöriger im Haushalt eines Arbeitslosen, der selbst Wohlfahrtsunterstützung bezieht, lebt, und wenn für ihn Zuschlagsunterstützung gezahlt wird. Selbstverständlich müssen in einem solchen Falle die übrigen Voraussetzungen für die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbsloser gegeben sein. Das Arbeitsamt ist verpflichtet, den einzelnen Wohlfahrtserwerbslosen unter dauernde Kontrolle zu stellen. Er muß jederzeit für die Vermittlung auf dem freien Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unter diesen Gesichtspunkten sollen künftig insbesondere die Anträge von bisher selbständigen Gewerbetreibenden und Familienangehörigen geprüft werden. Ehefrauen und sonstige weibliche Familienangehörige, von denen anzunehmen ist, daß sie durch die Sorge um den Haushalt und für ihre Angehörigen derart in Anspruch genommen sind, daß sie für die Arbeitsvermittlung nicht jederzeit zur Verfügung stehen, können nicht als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt werden. Werksbeurlaubte Angestellte und Arbeiter, beurlaubte Lehrlinge stehen für den Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und können daher als Wohlfahrtserwerbslose selbstverständlich keine Anerkennung finden.

Büchermarkt.

Das Buch ist ein praktisches und nur allein für solche, die siedeln wollen, sondern auch für alle diejenigen, die etwas Land besitzen oder gepachtet haben. Sowohl über Grundstücksanlage und zweckmäßige Bauausführung wie auch über Gartenbau und Kleintierhaltung sind in dem Buch wertvolle und nützliche Ausführungen enthalten. Man merkt es, daß die Verfasser Männer mit großer praktischer Erfahrung sind. Trotzdem das Werk mehr auf Kleinsiedlung (Stadttrand- und Nebenerwerbsiedlung) abgestellt ist, werden auch andere — besonders auch die Gewerkschaftsmitglieder in den ländlicheren Gebieten — es mit Nutzen lesen. In den letzten Jahren hat es an theoretischen Abhandlungen über Siedeln nicht gefehlt. Hier kommt vorwiegend die Praxis zu Wort. Das Werk verdient Empfehlung.

Zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf.

Infarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Siller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche, Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Abstellstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Renloer Wall 2. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss 11 Samstag-Mittag.
Der „Soldat“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Soldat“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postkonten 7118 Köln.

Derantwortlicher Schriftleiter: Bernhard Deug, Köln. Druck: Bachem, Köln.